



Newsletter

07/
08

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

2022

26. August '22



KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de
030/22771260

 **Wahlkreisbüros**

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid

nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2022/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER SPD!

Seit Erscheinen meines letzten Newsletters am 04. Juli dieses Jahres war für uns alle ein wenig Zeit zum Durchatmen. Die Urlaubszeit stand an. Und auch in den Berliner Politikbetrieb kehrte etwas Ruhe ein. Die sitzungsfreie Zeit im Bundestag bietet Gelegenheit, ein wenig zu entspannen und im Wahlkreis ohne den sonst häufig eintretenden Zeitdruck Termine wahrnehmen und mit den Menschen reden zu können. Und doch war es anders als sonst.

Die Unbeschwertheit scheint verloren gegangen. Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise mit ihren exorbitant steigenden Preisen, die höchste Inflationsrate seit 1981, Deutschland ist innerhalb der EU mit 1,5 Prozent zum Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum geworden, das Bruttoinlandsprodukt stagniert, viele strukturelle Umbrüche belasten Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft. Und eine Coronapandemie, die uns leider nach wie vor noch große Probleme bereiten wird. Zeit zum Durchatmen? Viele Menschen empfinden das anders. Und das zu Recht. Hier ist es auch an der Politik und damit auch an mir, die Sorgen der Menschen sehr ernst zu nehmen und zu versuchen, trotzdem Hoffnung zu vermitteln und durch sozial gerechtere Maßnahmen einer fortschreitenden Individualisierung entgegenzuwirken, in der Solidarität als „oldschool“ abgestempelt wird. Ich glaube, wir müssen „Solidarität“ neu erfinden. Ihr wieder den Stellenwert zumessen, der ihr gebührt. Anders können wir die vielfältigen Umbrüche nicht bewältigen, ohne dass unsere Gesellschaft Schaden nimmt.

Ja, wir leben in turbulenten Zeiten, die von vielen Menschen zu Recht auch als bedrohlich empfunden werden. Nicht nur eine Krise ist zu meistern, sondern mehrere. Unser Land – und auch unsere Region – stehen vor großen Herausforderungen, die es anzupacken gilt. Bei allen Herausforderungen haben wir es aber nun auch in der Hand, die Weichen für die Zukunft zu stellen. So schwierig sich die Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern Grüne und FDP in wichtigen Punkten auch gestaltet und Hürden im-



mer wieder neu überwunden werden müssen, gibt uns das die Möglichkeit, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Unter Olaf Scholz als Kanzler haben wir schon einige Sozialdemokratische Wunschprojekte anpacken können, die ich hier nicht wiederholen möchte, da sie im Einzelnen auch in meinen Newslettern aktuell angesprochen wurden.

Bei allen Unterstützungsmaßnahmen: Als sozialdemokratisch geführte Bundesregierung verlangen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern sehr viel ab. Gerade als Sozialdemokrat*innen befinden wir uns hier in einer großen Zwickmühle, die unser Selbstverständnis als Sozialdemokraten herausfordert.

Lasst mich einen gerade sehr aktuellen Punkt herausgreifen: Die sogenannte Gasumlage. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Russland hat seit Mitte Juni seine Gasimportmengen nach Deutschland in unberechenbarer Weise reduziert. Hierdurch entstehen einigen Gasimporteuren erhebliche Verluste, die sie nur zeitlich begrenzt decken können. Sind die Verluste zu groß, droht die Insolvenz dieser Unternehmen und damit der Zusammenbruch der Gasversorgung von privaten und gewerblichen Verbrauchern im ganzen Land. Aus diesem Grunde soll ein Großteil der Zusatzkosten für das Ersatzgas von Oktober an über die zeitlich bis zum 1. April 2024 befristete sog. Gasumlage „auf möglichst viele Schultern verteilt werden“, wie es in einer Stellungnahme aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz heißt.

Die Höhe der Gasumlage beträgt ab 1. Oktober 2,4 Cent pro Kilowattstunde. Bezahlt werden muss sie von allen Gasverbrauchern, also Privathaushalten und Firmen in Deutschland. Derzeit heizen rund 20 Millionen Haushalte mit Gas, das sind rund die Hälfte aller Haushalte. Für einen Familienhaushalt mit einem fiktiven Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden liegen die Mehrkosten bei rund 484 Euro im Jahr. Ohne Mehrwertsteuer. Auf diese wollte die Bundesregierung eigentlich verzichten, um die Bürger*innen nicht noch mehr zu belasten. Da ein solcher Verzicht nach europäischem Recht nicht vorgesehen ist, möchte Olaf Scholz die Mehrwertsteuer auf den **gesamten** Gasverbrauch von 19 auf 7 Prozent senken – ein guter und sinnvoller Schritt. Ich möchte euch nichts vormachen:

Die Gasumlage wird viele Menschen, auch in unserem Wahlkreis, zusätzlich hart treffen. Einzelne Menschen und Unternehmen. Für uns Sozialdemokrat*innen gilt: Der weiteren Belastung durch die Gasumlage muss dann aber zielgerichtet entgegen gewirkt werden! Besonders Haushalte ohne staatliche Transferleistungen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner benötigen Unterstützung und weitere Entlastungen. Ich sage es unumwunden: Ja, die Gasumlage bereitet mir als Sozialdemokratin Bauchschmerzen. Deswegen werde ich auch in meiner Funktion als Mitglied im Fraktionsvorstand auf Verbesserungen drängen und erwarte mir von dem anstehenden Entlastungspaket III weitere Verbesserungen. Ich finde, dass von der Gasumlage nur Unternehmen in Schwierigkeiten profitieren sollten. Hier muss der Wirtschaftsminister Habeck noch nachliefern. Zudem befürworte ich eine Übergewinnsteuer, denn große Schultern tragen mehr als kleine Schultern.

Inzwischen dauert Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine über sechs Monate. Ein Krieg, in dem sehr viele auch zivile Menschen sterben. Darunter sind viele Mütter und Väter, die den Verlust ihres Sohnes, ihrer Tochter oder anderer Familienangehörigen beweinen. Ein Krieg, bei dem zigtausendfach Schadstoffe in die Umwelt gelangen und die weltweite Klimakrise weiter verstärken. Und ein Krieg mit der realen Gefahr eines 2. Tschernobyls.

Unter diesen Umständen muss von allen erkannt werden, dass der Krieg nur am runden Tisch gelöst werden kann. Daher ist es wichtig, trotz allem diplomatische Kanäle offen zu halten und an einem Friedensszenario für die Zukunft zu bauen.

Im Kleinen wie im Großen: Auch unsere Region steht vor einer Menge an Herausforderungen.

Nehmen wir die Krise rund um die Sperrung der Rahmedetalbrücke auf der A 45. Die SIHK geht von einem wirtschaftlichen Schaden von über 1,8 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren. In Reparatur befindliche Bahnstrecken und Streckensperrungen insbesondere im Märkischen Raum geben den Menschen den Rest. Auch das Leid der Anwohnerinnen und Anwohner entlang der Umleitungen bedarf viel größerer Beachtung. Deren Gesundheit ist mit der steigenden



Abgasbelastung und Schlafmangel durch eine permanente Lärmbelastung gefährdet und wird viel zu sehr vernachlässigt. Als sei es nicht genug, ist die Region Lüdenscheid und weit darüber hinaus auch aufgrund der Sperrung von Bahnstrecken für Reparaturarbeiten nach der Flutkatastrophe von der Außenwelt abgeschnitten. Eine möglicherweise neue Katastrophe nationalen Ausmaßes, die den Einsatz von Feuerwehr, THW und Bundeswehr erfordern würde, wäre hier nicht möglich und hätte apokalyptische Ausmaße. Hier müssen noch wesentlich größere Anstrengungen unternommen werden.

Obwohl der Bundesverkehrsminister den Neubau der Brücke zur „Chefsache“ erklärt hat, sehe ich keine Beschleunigung. Hier ist der Handlungsbedarf groß, auch auf Seiten der NRW-Landesregierung. Als SPD-Bundestagsabgeordnete aus Südwestfalen werde ich immer wieder und hartnäckig auf diese Beschleunigung drängen.

Ein großen Teil dieses Newsletter nimmt meine Gesundheits-Zuhör-Tour ein. Neben anderen Terminen im Wahlkreis habe ich mich verschiedenen Akteuren im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich vor Ort gewidmet. Meine Tour führte mich zu den Märkischen Kliniken, in das Nierenzentrum Lüdenscheid und zur Sportklinik Hellersen. In Kierspe besuchte ich die ambulante

Pflege und das Seniorenzentrum der AWO und in Lüdenscheid die dortige Tafel. Auch die Kinderklinik in Köln und erst vor zwei Tagen die Krebsberatung in Olpe standen auf meinem Programm. Überall habe ich viele schöne und interessante Begegnungen gehabt und Gespräche geführt. Aber auch hier kamen oft die gleichen Themen auf. Themen, die mich besorgen und die aufmerken lassen müssen: Finanzielle Belastungen und Fachkräftemangel, mangelnde Liquiditäts- und Planungssicherheit, schlechte Arbeitsbedingungen, die Folgen der A 45-Brückensperrung, demografische Schieflage, die Auswirkungen der andauernden Coronapandemie auf Patienten und Personal, Pflegenotstand, Leiharbeit, Strukturprobleme: Das Motto „Der Mensch im Mittelpunkt“ scheint auf dem Spiel zu stehen. All das zeigt: Es gibt noch ganz viel anzupacken in unserem Land. Gemeinschaftlich. Solidarisch.

Verliert nicht den Mut und packt mit an. Dann schaffen wir das gemeinsam.

Liebe Grüße,
eure Nezhahat

Nezhahat



Im Juli ist die aktuelle Ausgabe der SPD-Bundestagsfraktion, Fraktion intern, Ausgabe 2, erschienen. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist „12 Euro Mindestlohn – Mehr Mindestlohn – mehr Respekt für sechs Millionen Beschäftigte“ (A4, 24 Seiten, Juli 2022) und steht auf der [Internetseite der SPD-Fraktion](http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktion-intern-2-2022.pdf) als PDF-Datei zum Download bereit (<http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktion-intern-2-2022.pdf>)



ENTLASTUNGSPAKETE DER AMPEL-KOALITION

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Stark steigende Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürger:innen zu einer großen Belastung geworden.

Wir müssen schnellstens unabhängig von russischen Energieimporten werden. Gleichzeitig bedarf es weiterer Entlastungen für die Bürger:innen.

Die bisher vereinbarten **Entlastungspakete I und II** entlasten Arbeitnehmer:innen, Familien, Studierende so- wie Unternehmen. Auch Rentner:innen profitieren

vom Wegfall der EEG-Umlage, von der abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe, von der ÖPNV-Aktion und – wenn sie Leistungsbezieher:innen sind - von den Einmalzahlungen und dem Heizkostenzuschuss beim Wohngeld (46 Prozent der Wohngeldbezieher:innen sind Rentner:innen). Hinzu kam die deutliche Rentenerhöhung für alle 22 Millionen Rentner:innen (5,3 Prozent in Westdeutschland und 6,1 Prozent in Ostdeutschland) am 1. Juli 2022.

Von dem anstehenden Entlastungspaket III erwarte ich weitere deutliche Verbesserungen.

1. ENTLASTUNGSPAKET VOM 23.02.2022

- **Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli:** Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 6.000 Kilowattstunden 133 Euro.
- **Erhöhung der Fernpendlerpauschale** rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- **Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger:innen, Azubis und Studierende:** Der Zuschuss wird automatisch ohne Antragstellung ausbezahlt und beträgt für eine Person 270 Euro; bei zwei Personen 350 Euro und bei jeder weiteren Person je 70 Euro. Studierende und Azubis erhalten einmalig 230 Euro.
- **Einmalzahlung von 100 Euro für Bedürftige:** Davon profitieren vor allem Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen.
- **Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat für von Armut betroffene Kinder:** Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung helfen wir damit denjenigen Kindern, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.
- **Höherer Grundfreibetrag:** Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- **Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags** um 200 Euro auf 1200 Euro. Der erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.
- **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro:** Damit erhöhen wir das Nettoeinkommen für viele Arbeitnehmer:innen in Deutschland.
- **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes:** Wir verlängern die Sonderregelungen bis zum 30. Juni 2022 und unterstützen damit Beschäftigte und Unternehmen in der Pandemie.
- **Steuerliche Erleichterungen:** Wir entlasten weiterhin die Wirtschaft in der Pandemie und haben das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen.



2. ENTLASTUNGSPAKET VOM 24. MÄRZ 2022

ENTLASTUNGEN FÜR BÜRGER:INNEN

- **Energiepreispauschale von 300 Euro** für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbstständige. Zudem unterliegt die Pauschale der Einkommenssteuer, so dass sie umso geringer ausfällt, je höher der Steuersatz ist.
- **Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind:** Damit federn wir besondere Härten für Familien ab. Der Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.
- **Einmalzahlung von 100 Euro für Empfänger:innen von Sozialleistungen:** Die Zahlung gilt zusätzlich zu der bereits im Februar beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro.
- **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe:** 3 Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel (europäisches Mindestmaß).
- **ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat:** Sie gilt 90 Tage lang für alle Bürger:innen.

STABILE ENERGIEVERSORGUNG DURCH DIVERSIFIZIERUNG UNSERER ENERGIEQUELLEN

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Die Bundesregierung wird noch in 2022 die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg bringen, um vor allem Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.
- **Bereitstellung von Gas:** Wir werden die Beschaffung und den Import von Flüssiggas (LNG) beschleunigen. Dazu wird die Bundesregierung zeitnah den Bau von Flüssiggas-Terminals unterstützen. Wichtig ist, dass diese auch H2-ready, also nutzbar für Wasserstoff sind. Zudem haben wir bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, der die Betreiber von Gasspeichern zu Mindestfüllständen verpflichtet.
- **Förderung von Wasserstoff:** Wir beschleunigen den Hochlauf unserer Wasserstoffwirtschaft und bauen unsere internationalen Lieferpartnerschaften aus. Dazu werden wir auch verstärkt klimaneutralen Wasserstoff importieren.

STÄRKUNG DES ORDNUNGSRAHMENS

- **Entlastungen für Verbraucher:innen gewährleisten:** Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Absenkung der Energiesteuern und sinkende Rohstoffpreise auch wirklich an die Kund:innen weitergegeben werden.
- **Stärkung der Marktaufsicht und -regulierung:** Wir wollen – auch mit unseren europäischen Partnern – an Lösungen arbeiten, um künftigen Fehlentwicklungen auf den Rohstoffmärkten besser begegnen zu können.

VERRINGERUNG DES ENERGIEVERBRAUCHS

- **Förderung von energieeffizienten Gebäuden:** Wir reformieren das Gebäudeenergiegesetz und legen im Neubau ab 1. Januar 2023 den Effizienzstandard 55 fest. Zudem soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Für Immobilieneigentümer:innen werden wir den Austausch von über 20 Jahre alten Heizungsanlagen erleichtern.
- **Stärkung der Fernwärme:** Wir werden eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen und als zentrales Koordinierungsinstrument für lokale, effiziente Wärmenutzung verankern. Wir wollen bei der Fernwärme für 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutraler Wärme erreichen. Dazu werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Abwärme schnell und unkompliziert in die Fernwärme integriert werden kann.

MEHR ENGAGEMENT DES STAATES



GESUNDHEIT ZUHÖR TOUR 2022

Besuch der Märkischen Kliniken

Im Zuge meiner sommerlichen Gesundheitstour besuchte ich auch die Märkischen Kliniken. Ich war mit dem Ziel angereist, die Akteure im Gesundheitssektor meines Wahlkreises besser kennenzulernen und mehr über die Kliniken zu erfahren. Als ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages erhoffte ich mir, die Herausforderungen vor Ort in meine politische Arbeit mitnehmen zu können.

Zwar lag mein letzter Besuch dort schon etwas zurück, dennoch war auch dieses Mal die Pandemie das vorherrschende Thema. Dr. Thorsten Kehe, Vorsitzender der Geschäftsführung der Märkische Kliniken GmbH, begrüßte mich herzlich und berichtete mir – nach einigen ruhigeren Wochen – von ansteigenden

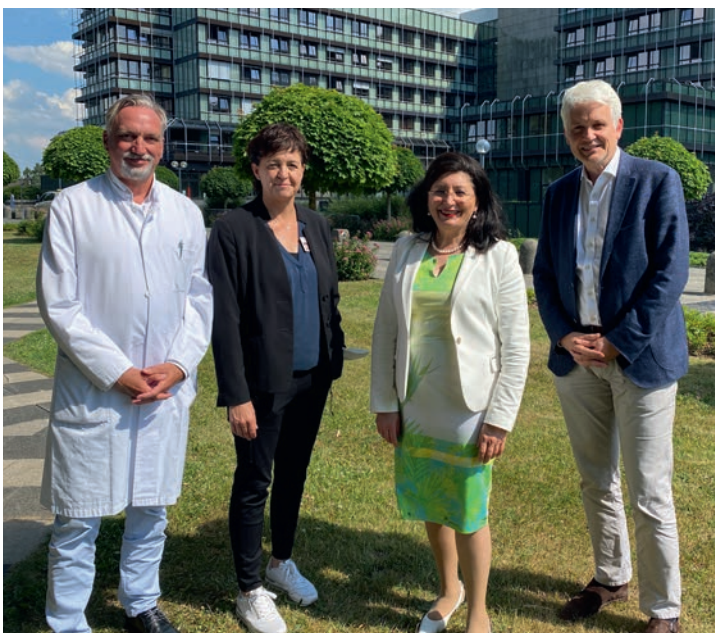


Im Gespräch mit Dr. Thorsten Kehe. Foto: Dr. Norbert Jacobs

Infektionszahlen. Er geht davon aus, dass die Zahlen in den kommenden Wochen weiter nach oben gehen und die Kapazitäten für die Covid-Versorgung entsprechend ausgeweitet werden müssen.

Weitere Themen waren Fachkräftemangel, Pflegeotstand, Leiharbeit, Zukunftsinvestitionen, Brandschutz, Strukturänderung im Gesundheitswesen und natürlich die Sperrung der Rahmedetal-Brücke an der A 45, die Dr. Thorsten Kehe und ich im Rahmen unseres rund einstündigen Austausches jeweils kurz anrissen. Die Schließung von Stationen und Kündigung von Fachkräften aufgrund der langen Fahrtstrecke durch die Brückensperrung bereiten mir nach diesem Erfahrungsbericht der Geschäftsleitung Sorgen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch fehlende Perspektiven in der Finanzierung unsere Krankenhäuser in den Ruin getrieben werden. Hier muss sich der Staat mehr engagieren. Denn das gehört meiner Meinung nach zur Daseinsvorsorge dazu. Als Mitglied im Bundesgesundheitsausschusses werde ich die gesammelten Punkte in der Bundestagsfraktion anbringen.



Gruppenbild mit (v. l. n. r.): Dr. Dieter Schnalke, Dagmar Keggenhoff und Dr. Thorsten Kehe; Foto: Dr. Norbert Jacobs, Märkische Gesundheitsholding.

BESUCH IM NIERENZENTRUM LÜDENSCHIED

Und weiter geht meine Gesundheits-Zuhör-Tour. Mit dem Ziel, die Herausforderungen des Gesundheitssektors der Region zu erfassen, besuchte ich zuletzt das Nierenzentrum Lüdenscheid in der Buckesfelder Straße.

Mit dem Motto „der Mensch im Mittelpunkt“ hatten die anwesenden Ärzte und ich gleich eine Gemeinsamkeit gefunden. Unter gleichlautendem Motto der Dialysepraxis habe ich vor Jahren schon meinen Wahlkampf geführt. Doch gerade dieses Motto steht nun auf dem Spiel. Finanzielle Belastungen und Fachkräftemangel bei Pflegekräften sorgen immer häufiger dazu, dass nephrologische Praxen an internationale Konzerne und sog. Private Equity-Gesellschaften verkauft werden. Diese Entwicklung beobachten die Ärzte mit Sorge. Die individuelle Betreuung der Patientinnen und Patienten durch uns und unsere Pflegekräfte ist der Kern unserer Arbeit. Wir müssen eine ausschließlich gewinnorientierte medizinische Therapie verhindern, gaben sich Dr. Christoph Mohler und Dr. Walter Lehne kämpferisch. Eine beunruhigende Vorstellung, dass die Patienten nur noch an eine Maschine angeschlossen und dann allein gelassen werden. Als Ärztin ist mir der direkte Kontakt zu den Patientinnen und Patienten sehr wichtig. Erst im gemeinsamen Gespräch, wenn man sich Zeit für die Patientinnen und Patienten nimmt, können Ursachen und Krankheitsfolgen richtig eingeschätzt sowie Vertrauen aufgebaut werden. Präventive Maßnahmen können so besser funktionieren und die Gesundheit der Menschen geschützt werden.

Eine weitere Problematik ist der Mangel an Fachärztinnen und -ärzten für Nephrologie. Um in einer Dialysepraxis zu arbeiten, muss jemand Internist sein und zusätzlich über die Weiterbildung Nephrologie verfügen. Diesen Weg gehen leider nicht mehr viele, da die wirtschaftliche Belastung der ambulanten Dialysezentren immer größer wird, berichtete mir Dr. Olaf Loke. Mit der Einführung der Dialysepauschale 2002



V.l. n.r.: Steffi Schmidt, Dr. med. Walter Lehne, Solveig Ehringhaus, Dhiniraj Neumann, Dr. med. Olaf Loke
Foto: Bundestagsbüro Nezhahat Baradari

und deren Senkung wiederum in 2013 ist der Beruf des Nephrologen immer weniger attraktiv für Nachwuchs aus der Ärzteschaft. Diese Entwicklung ist besonders dramatisch, da die Fachkräfte aus den ambulanten Praxen in die Krankenhäuser abwandern, weil diese die Lohnsteigerungen an die Kostenträger weitergeben können. Die Brückensperre wirkt sich eindeutig auf die Fahrtzeit der Fachpflegekräfte aus, die aus dem Ruhrgebiet kommen. Noch wäre die Verbundenheit der Beschäftigten mit dem Standort Lüdenscheid gegeben, aber wie lange noch? Denn woanders werde den Fachkräften der „rote Teppich“ ausgerollt. Auch forderten Mohler und Lehne, dass Dialysezentren als kritische Infrastruktur eingestuft und ungehinderten Zugang zu Energie bekommen müssten, denn ohne eine Dialyse überlebt kein einziger Patient. Leider ist die Anzahl von Organ Spendern weiterhin sehr bescheiden. Dabei kann jeder einzelne von uns unverschuldete durch eine banale Virusinfektion, durch Diabetes oder durch Bluthochdruck in eine Situation des Nierenversagens kommen und Dialyse brauchen.

Es ziehen dunkle Wolken am Himmel auf nicht nur wegen des Ukrainekrieges, den steigenden Kosten und der Klimakrise, sondern auch im Gesundheitssektor. Die Herausforderungen nehme ich mit in den Gesundheitsausschuss, in der wir auch vor der großen Finanzierungsproblematik von 17,4 Milliarden Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung stecken, die irgendwie finanziert werden müssen.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR SPORTKLINIK HELLERSEN

Brückensperrung, Fachkräftemangel, Liquiditätssicherheit

Die Sperrung der Rahmedetal-Brücke, Fachkräftemangel und Liquiditäts- und Planungssicherheit. Diese Themen standen im Mittelpunkt meines Austausches in der Sportklinik Hellersen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sportklinik, Dirk Burghaus, und Vorstand Stephan Franz.



Zusammen mit Stephan Franz (li.) und Dirk Burghaus;
Foto: Bundestagsbüro Nezhahat Baradari MdB

Im Rahmen meiner Sommer-Gesundheits-Tour informierte ich mich als Mitglied im Bundes-Gesundheitsausschuss, über die Fachklinik für Orthopädie, Unfallchirurgie und Sportmedizin – und fragte auch nach Wünschen der Vorstände an die Politik. Die Lüdenscheider Spezialklinik, die im Jahr mehr als 40.000 Patienten ambulant und rund 8.000 stationär versorgt, hat ihr Portfolio in den vergangenen Jahren trotz mancher schwierigen Herausforderungen noch deutlich erweitert. Vor mehr als zwei Jahren nach der Schließung des Marienhospitals in Letmathe ist die Schmerzmedizin in der Sportklinik integriert worden. Chefarzt Dr. Wolfgang Welke und fast alle Mitarbeiter des Letmather Hospitals haben eine neue Heimat in Lüdenscheid gefunden. Zudem wurde das Leistungsspektrum im vergangenen Jahr um die Wirbelsäulenchirurgie erweitert.

Ein großer Nachteil für sie und andere Fachkliniken in der Corona-Zeit sei das Ungleichgewicht bei den Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser gewesen. Diese

gab es in wesentlichem Umfang nur für Krankenhäuser mit eigener Intensivstation, sagte mir Dirk Burghaus. Nicht die einzige Herausforderung der Sportklinik in Bezug auf Finanzen: Fehlende Planungssicherheit aufgrund von sich schnell ändernden Vorgaben und Gesetzen, Vorfinanzierungen für Pflegedienstleistungen und steigende Kosten machen es den Krankenhäusern schwer. Ebenso wie eine umfangreiche Bürokratie in Bezug auf die Abrechnungen und vielfache Kontrollen durch den Medizinischen Dienst. Probleme, die ich als Ärztin auch kenne. Man muss es ganz klar so sagen: Die Bürokratie in dieser Größenordnung geht am Ende auf Kosten der Zeit, die man für die Patienten hat.

Ebenso wie der Fachkräftemangel. Es sei nicht so, dass man nicht mehr Personal einstellen wolle, sagte mir Dirk Burghaus, aber es gäbe einfach keine Fachkräfte, der Markt sei leergefegt. Dies, liege im Bereich der Pflegekräfte auch daran, dass in der Öffentlichkeit mitunter ein schlechtes Bild von der Pflege gezeichnet werde. Ich bin mir sicher, dass dieses Problem, ohne die Anwerbung von ausländischen Fachkräften kaum zu bewältigen sein wird. Dazu kommt für die Lüdenscheider Klinik erschwerend die Sperrung der Autobahnbrücke und ein entsprechend längerer Weg zur Arbeit für Ärzte und Pflegepersonal: Das wollten viele auf Dauer nicht auf sich nehmen und suchten stattdessen nach Jobs in Wohnortnähe, vor allem im Ruhrgebiet. Hinzu kommt: Die Zahl der Patienten, die aus dem Gebiet nördlich der Autobahnsperrung kommen, hat merklich abgenommen. Ein klarer Standortnachteil für die Sportklinik. Was in dieser Hinsicht fehle, sei eine Perspektive, wann und wie genau der Brückenneubau steht, so Burghaus. Forderungen und Denkanstöße, die ich gerne mit nach Berlin nehme – und dort auch mit in den Gesundheitsausschuss und zum Verkehrsminister. Denn: Planungssicherheit ist für die Kliniken enorm wichtig, damit weiterhin Spitzenmedizin, wie etwa in der Sportklinik, im Märkischen Kreis angeboten werden kann.

[Hier](#) geht's zum Pressebericht auf meiner Internetseite.

RAHMENBEDINGUNGEN DER PFLEGE

GESUNDHEITS
ZUHÖR
TOUR 2022

Bei der Ambulanten Pflege und dem Seniorenzentrum der AWO in Kierspe



Im Bild zusammen mit Dr. Dieter Schnalke, Dagmar Keggenhoff und Dr. Thorsten Kehe; Foto: Dr. Norbert Jacobs (v. l. n. r.); Foto: Bundestagsbüro Nezahat Baradari

Bei hochsommerlichen Temperaturen besuchte ich zuletzt die ambulante Pflege und das Seniorenzentrum der AWO in Kierspe. Gerade für die älteren Menschen, aber auch die Pflegerinnen und Pfleger sind diese Temperaturen eine zusätzliche Herausforderung. Um die allgemeinen Rahmenbedingungen der Pflege insgesamt zu erfassen, habe ich diesen Termin im Rahmen meiner Gesundheits-Zuhör-Tour am Haunerbusch in Kierspe wahrgenommen.

Zwar kann die Politik an den Witterungsbedingungen nichts ändern, doch der Arbeitsbedingungen in der Pflege kann und muss sie sich annehmen, so viel steht fest. Die Pflegekräfte stehen aktuell aufgrund der andauernden Pandemie, dem Fachkräftemangel sowie der demografischen Entwicklung unter Druck.

Immer mehr Menschen werden bei gleichzeitig schrumpfender Fachkräfteanzahl pflegebedürftig, be-

sätzliche strukturelle Probleme im Pflegesektor zu lösen. Hinzu kommt ein gleichzeitig einsetzender Wettbewerb um neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, da alle Pflegeanbieter neues Personal benötigen, was wiederum die Situation weiter verschärfen wird. Neben einer hohen Ausbildungsquote hat das Seniorenzentrum in Kierspe sich daher frühzeitig um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemüht und konnte diese aus Ländern wie Serbien, Kamerun und Nepal gewinnen. Ohne „Auslandsakquise“ wird es nicht gehen, berichtete mir dazu Michael Borchert, Einrichtungsleiter des Seniorenzentrums Kierspe. Die Probleme bei der Genehmigung der Arbeitsvisa kenne ich nur zu gut. Wir bereiten derzeit ein Einwanderungsgesetz vor, das den Zuzug von qualifizierten Fachkräften für alle Seiten verbessern soll. Mit dem vorherigen Koalitionspartner war das leider nicht möglich, aber jetzt gehen wir das richtig an

sätzliche strukturelle Probleme im Pflegesektor zu lösen. Hinzu kommt ein gleichzeitig einsetzender Wettbewerb um neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, da alle Pflegeanbieter neues Personal benötigen, was wiederum die Situation weiter verschärfen wird. Neben einer hohen Ausbildungsquote hat das Seniorenzentrum in Kierspe sich daher frühzeitig um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemüht und konnte diese aus Ländern wie Serbien, Kamerun und Nepal gewinnen. Ohne „Auslandsakquise“ wird es nicht gehen, berichtete mir dazu Michael Borchert, Einrichtungsleiter des Seniorenzentrums Kierspe. Die Probleme bei der Genehmigung der Arbeitsvisa kenne ich nur zu gut. Wir bereiten derzeit ein Einwanderungsgesetz vor, das den Zuzug von qualifizierten Fachkräften für alle Seiten verbessern soll. Mit dem vorherigen Koalitionspartner war das leider nicht möglich, aber jetzt gehen wir das richtig an

[Hier](#) geht's zum Bericht auf meiner Homepage.

ANREGENDER AUSTAUSCH



GESUNDE ZUHÖR TOUR 2022

Zu Besuch der der Krebsberatung Olpe



Gemeinsam mit Kathrin Schwickerath und Petra Schwickerath vor dem schönen Domizil der Krebshilfe Olpe (nicht im Bild: Jutta Köhler; Foto: Bundestagsbüro Nezahat Baradari)

Seit Mai diesen Jahres gibt es in der Schützenstraße 12 in Olpe die Krebsberatung Olpe, die weit über die Kreisgrenzen hinaus Betroffene berät und betreut.

Gerade onkologische Patient*innen sind meist geschwächt und brauchen eine besondere Aufmerksamkeit in den Krankenhäusern und Arztpraxen. Über diese und andere Themen habe ich mich als Berichterstatterin für Prävention und Mitglied im Bundesge-

sundheitsausschuss mit Kathrin Schwickerath, Leiterin Beratungsstellen der Krebsgesellschaft NRW, Jutta Köhler, Beratungsfachkraft Jutta Köhler sowie Petra Schwickerath, Assistenz, sehr angeregt ausgetauscht.

Bezüglich der Kinder und Jugendlichen sprachen wir über Krebsprävention durch die Hepatitis-B- und Gebärmutterhalskrebsimpfung, Prävention Hautkrebs durch Sonnenschutzmittel sowie die Prävention vor Lungenkrebs durch Nikotin- und Shishaverzicht.

WIR MÜSSEN DAS SOZIALDEMOKRATISCHE PROFIL WEITER SCHÄRFEN

Bei der Jahreshauptversammlung des SPD- Ortsvereins Meinerzhagen



Eigenes Foto

Sontan hatte ich mich dazu entschlossen, die Jahreshauptversammlung des SPD- Ortsvereins in Meinerzhagen zu besuchen.

Ortsvereinsvorsitzende Petra Gossen berichtete in ihrem Vorstandsbericht über die leider rückläufige Mitgliederzahl in Meinerzhagen und Valbert. Dadurch sind Infoveranstaltungen immer schwerer zu organisieren.

Ich bot an, Ideen, Anregungen und Wünsche der Genossinnen und Genossen zu sammeln und „nach oben“ weiterzutragen. Auch wenn wir als führende Regierungspartei in der Ampelkoalition zum Beispiel mit den

Entlastungspaketen, mit der Kindergrundsicherung und mit dem neuen Bürgergeld anstelle der Harz-IV-Regelungen sozialpolitisch wichtige Weichen gestellt haben, wird das von den Bürgern vor Ort offenbar wenig wahrgenommen. Wir müssen es schaffen, das sozialdemokratische Profil weiter zu schärfen und den Bürgerinnen und Bürgern noch deutlicher zu vermitteln.

Angesichts steigender Kosten gerade im Energie- und Lebensmittelsektor ist eine stärkere Präsenz vor Ort notwendig. Hier unterstütze ich die Ortsvereine sehr gerne und komme mit Freude zu Veranstaltungen und Aktionen.

KONTAKT MIT DEN MENSCHEN IST SPANNEND UND LEHRREICH

Südwestfalen-Tour der heimischen SPD-Abgeordneten der SPD

Die alljährliche Südwestfalentour der heimischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, gemeinsam mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern der SPD und begleitet durch lokale Amtsträger, fand vor wenigen Tagen statt. Ich habe sich sehr gefreut, daran teilzunehmen. Wir Abgeordnete besuchen dabei Vereine, Unternehmen und Institutionen aus der Region. Im Mittelpunkt steht der gemeinsame Austausch zu aktuellen Herausforderungen und strukturellen Veränderungen in der Region sowie die Unterstützung der Menschen in Südwestfalen.

Den Worten meines Bundestagskollegen Dirk Wiese, stellvertretender Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion, stimme ich gerne zu: „Die Südwestfalentour ist si-

cherlich ein Highlight jeden Jahres. Der Kontakt mit den Menschen, Vereinen und Unternehmen vor Ort macht die Tour so spannend.“ Spannend und lehrreich. Wir haben uns alle über die Einblicke in ganz unterschiedliche Bereiche gefreut, die die Vielseitigkeit unserer Region unterstreichen. Als Wirtschaftsregion im Grünen ist Südwestfalen attraktiv, um zu leben und zu arbeiten. Gemeinsam wollen wir diese Attraktivität der Region erhalten und steigern – auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene.

Die Tour führte mit Kreuztal und Bad Laasphe durch den östlichen Kreis Siegen-Wittgenstein. Mit Stationen in Medebach, Brilon und Rüthen haben wir auch den Hochsauerlandkreis und den Kreis Soest besucht.



Foto: Dirk Wiese



JUGEND-, SPORT- UND KULTUR-PROJEKTE AUFGEPASST!

Damit unterstützt der Bund unsere Städte und Gemeinden bei zahlreichen Sanierungsprojekten und erhält damit wichtige soziale Infrastruktur wie Schwimmbäder, Sportstätten und Jugendklubs vor Ort. Zu den Fördervoraussetzungen gehören Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an das veränderte Klima.

Ich freue mich auf zahlreiche Bewerbungen für das Programm aus dem Kreis Olpe und südlichen Märkischen Kreis und würde sie nach Kräften unterstützen. Die Einreichung der Projektskizzen ist bis zum 30. September 2022 möglich. Mehr Informationen gibt es unter <https://www.bbsr.bund.de/sjk2022>. Los geht's!

476 Mio. Euro für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur



 **NEZAHAT BARADARI**
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES 

Sanieren statt schließen! 

Mehr Geld für Sportstätten, Schwimmbäder, Jugend- und Kulturzentren:


Start des Projektauftrags für 2022




Sanieren statt schließen! 

476 Mio. Euro stehen in 2022 zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur zur Verfügung!



Sanieren statt schließen! 

Wir unterstützen die Kommunen für eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur!

 **Bewerbungsschluss: 30. September 2022**

KFW: 74,2 MILLIONEN FÖRDERZUSAGE FÜR DEN KREIS OLPE

Starkes Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Olpe

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat im ersten Förderhalbjahr 2022 ihr Fördervolumen massiv auf 95,1 Mrd. Euro ausgebaut. Im ersten Förderhalbjahr belief sich das Fördervolumen auf 49,8 Mrd. Euro. Mit 30,3 Mrd. Euro unterstützt die Kreditanstalt Programme der Bundesförderung für Effiziente Gebäude und mit 33,4 Mrd. Euro Projekte für die Sicherung der Energieversorgung.

Das ist auch für unseren Kreis Olpe ein starkes Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich freue mich sehr, dass sich das Fördervolumen fast verdoppelt hat und der Kreis Olpe insgesamt eine Förderzusage in Höhe von **74,2 Mio.** Euro erhalten hat. Die Förderzusage wird wesentlich zur Belebung unserer Wirtschaft beitragen. Mir ist wichtig, dass der ländliche Raum nicht vergessen wird und dafür setze ich mit weiter ein. Von den insgesamt 74,2 Mio. Euro entfallen für geförderte Unternehmen und private Kunden zusammen **43,8 Mio.** Euro auf den Bereich der **Energieeffizienz und erneuerbare Energien** und **3,8 Mio.** Euro auf zahlreiche **Wohnungs-**

projekte. Unternehmensinvestitionen wurden mit **24,2 Mio.** gefördert, für Gründer und Gründerinnen gab es für **2,0 Mio.** Gründerkredite. Innovationskredite für Unternehmen in Höhe von **0,3 Mio.** und für **0,1 Mio.** Euro für Kredite in die öffentliche Infrastruktur runden das Bild ab.

Das KfW Sonderprogramm wurde 2022 gestartet, um die deutsche Wirtschaft bei der Bewältigung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu unterstützen. In diesem Rahmen hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau in der ersten Jahreshälfte im Auftrag des Bundes Kredite von mehr als 30 Mrd. Euro zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland zur Verfügung gestellt. Ebenfalls unterstützt die KfW vom Krieg betroffene kleine und mittelständische Unternehmen.

Das ist eine sehr gute Investition in die ökologische Nachhaltigkeit und in die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit unserer Region insgesamt.



ON AIR ...

INTERVIEW MIT DEM MAIN ECHO

Am 15./16.06.2022 veröffentlichte die Tageszeitung Main Echo ein Interview mit mir. Hierzu hatte ich mich mit dem Journalisten Herrn Raimund Schmid des Main Echo getroffen. Gegenstand war die „Situation von Kindern in Pandemie und Krieg“. Ein sehr spannendes Thema, dem bisher wenig Beachtung geschenkt wurde. Das Interview kann unter <https://www.main-echo.de/ueberregional/politik/einschnitte-wie-seit-langem-bei-keiner-generation-art-7597055> abgerufen werden.



INTERVIEW BEI COSMO TÜRKÇE

Die Politik muss für den kommenden Herbst und Winter auf die Pandemie gesundheitspolitisch vorbereitet sein. Zu dem Entwurf des Infektionsschutzgesetzes des Bundesgesundheitsministeriums mit Minister Karl Lauterbach habe ich im türkischen Kanal COSMO Türkçe beim WDR Stellung bezogen.

<https://www1.wdr.de/radio/cosmo/programm/sendungen/koeln-radyosu/aktuelles/enerji-yardim-paketinde-ne-var-100.html>



DEUTSCHLANDFUNK „STREITKULTUR“

Im August war ich im Deutschlandfunk-Studio Köln bei in der Sendung „Streitkultur“ zu Gast. Es war eine kontroverse Debatte mit René Schlott unter der Moderation von Andreas Beckmann in der Frage: „Schaffen wir es, uns selbst und andere vor Corona zu schützen oder brauchen wir (neue) staatliche Vorgaben?“ Die Sendung wurde am 20. August, um 17.05-17.30 UHR ausgestrahlt.

<https://www.deutschlandfunk.de/streitkultur-100.html>